
Heinz-Dietrich Ortlieb

DAS PROBLEM DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE UND SEINE WANDLUNG

Wirtschaftsdemokratie bei Marx

1. Um welches Problem geht es, wenn heute wieder als Ergänzung der politischen Demokratie eine Demokratisierung der Wirtschaft gefordert wird? Das mit dem Begriff "Wirtschaftsdemokratie" bezeichnete Problem ist bereits von Karl Marx gesehen worden, dessen Kritik am Kapitalismus sich gegen die Scheindemokratie in der kapitalistischen Gesellschaft richtet, wenn er darauf hinweist, dass die ausschließlich politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger für eine wirkliche Demokratie nicht ausreicht, da bei großbetrieblicher Produktion das Besitzprivileg der Kapitalistenklasse die Arbeiterschaft einer Ausbeutungsmöglichkeit ausliefert, von der seitens der Unternehmerschaft (solange der Konkurrenzdruck besteht, sogar zwangsläufig) Gebrauch gemacht wird. Sie reicht umso weniger aus, als das Bürgertum durch seine wirtschaftliche Machtstellung in den Stand gesetzt wird, auch den demokratischen Staat als ein Werkzeug zur Sicherung der eigenen Privilegien zu missbrauchen. Deshalb können nach Marx die demokratischen Prinzipien Freiheit und Gerechtigkeit erst volle Verwirklichung finden, nachdem mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Klassenherrschaft auf revolutionärem Wege beseitigt und mit der Einführung des Gemeineigentums auch in der Wirtschaft die Voraussetzung für demokratische Ordnung geschaffen worden ist. Wie eine demokratische Verfassung dem einzelnen Staatsbürger das Mitbestimmungsrecht im politischen Leben sichert, so soll nach dieser Auffassung das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln das Mitbestimmungsrecht im wirtschaftlichen Bereich garantieren. Wie sieht es nun mit der Ausübung dieses Rechtes aus?

2. Soweit es sich um das innerbetriebliche Mitbestimmungsrecht handelt, war diese Ausübung vom Marx'schen Standpunkt aus kein Problem, da Marx an eine zunehmende Vereinfachung der Arbeitsvorgänge, auch der leitenden Arbeiten, glaubte. Er übertrug hier gewisse Vereinfachungstendenzen aus der mechanischen Produktion auf den organisatorischen Sektor und übersah, dass mit der arbeitsteiligen Aufgliederung unseres modernen Wirtschaftslebens auch die wieder zusammenführenden organisatorischen Arbeiten zunehmen muss und dass nicht alle diese Arbeiten von jedem ausgeübt werden können, sondern eine gewisse Spezialisierung und ziemlich große Erfahrung voraussetzen. Die Lösung des Bürokratieproblems, wie sie Marx vorschwebte: auch die leitenden Funktionen abwechselnd von jedem einmal ausüben zu lassen, erscheint uns daher heute als reine Utopie. Das gleiche müsste für den Versuch gelten, das Mitbestimmungsrecht innerbetrieblich dadurch lösen zu wollen, dass jeder Arbeiter einmal die Aufgaben des Betriebsleiters wahrnimmt.

3. Für das. außerbetriebliche Mitbestimmungsrecht gilt Ähnliches, wiewohl das Marx'sche Bild von der gemeinwirtschaftlichen Ordnung viel zu vage und unbestimmt ist, als dass Näheres darüber ausgesagt werden könnte, wie die Arbeiterschaft an der Lenkung einer solchen Wirtschaft teilnehmen soll. Zwar wird deutlich, dass in dieser Ordnung die marktmechanische Lenkung des

Kapitalismus durch direkte zentrale Entscheidung über Produktion und Konsum ersetzt wird. Wie eine solche Planwirtschaft (auch dies Wort finden wir bei Marx noch nicht) aber im einzelnen auszusehen hat, darüber lässt uns Marx im Unklaren. Das hängt mit seiner Sozialisierungstheorie zusammen, nach der die großbetriebliche Produktion sich wegen ihrer ökonomischen Überlegenheit überall durchsetzt und das Proletariat immer stärker anwachsen lässt, bis es zur sozialen Revolution kommt, Interesse der proletarischen Mehrheit das Privateigentum beseitigt und eine marktlose Planwirtschaft einführt. Da Marx kein Utopist sein will, verzichtet er darauf, über eine solche Planwirtschaft Einzelheiten auszusagen. Da nach seiner Meinung der Entwicklungsprozess die Organisationsprinzipien des neuen Systems bereits im Schoße des Kapitalismus entstehen lässt, ist es auch überflüssig, sich über die neue Ordnung vorzeitig den Kopf zu zerbrechen.

Die wirtschaftsdemokratische Konzeption in der Weimarer Republik

4. In dem Glauben, dass die geschichtliche Notwendigkeit mit ihr sei, lag die Stärke der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Diese Stärke erwies sich jedoch als Schwäche, als nach dem ersten Weltkrieg fast über Nacht die sozialistische Bewegung in verschiedenen Ländern vor der Aufgabe stand, so etwas wie eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu verwirklichen. Jetzt rächte sich jener so realistisch (oder besser anti-utopistisch) erscheinende Verzicht von Marx, ins Konkrete gehende Überlegungen über eine planwirtschaftliche Ordnung anzustellen. In Deutschland führte diese Situation zu der bekannten ersten Sozialisierungsdebatte, die keinerlei nennenswerte praktische Ergebnisse zeitigte. Doch hatte sie recht bedeutsame Wandlungen in der Auffassung von der sozialistischen Wirtschaftsordnung und vom Wege zu ihr im Gefolge, wodurch auch das Problem der Wirtschaftsdemokratie einen neuen Aspekt gewann.

5. Der wirtschaftsdemokratische Gedanke wurde damals besonders von den freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) aufgegriffen und in einer der damaligen Situation entsprechenden Form weiter entwickelt. Er fand seinen Niederschlag in dem bekannten von *Fritz Naphtali* herausgegebenen Buch („Wirtschaftsdemokratie“, 5. Auflage, Berlin 1931) und war Gegenstand der Verhandlungen der Gewerkschaftskongresse in Breslau (1925) und Hamburg (1928). Nach der damals von den freien Gewerkschaften vertretenen Auffassung ist zwar „vollendete Wirtschaftsdemokratie nur nach der Sozialisierung, d. h. nach der Wandlung der Eigentumsordnung möglich. Aber der Prozess der Demokratisierung, der Kampf um die Einschränkung der autokratischen Wirtschaftsführung, vollzieht sich gleichzeitig, zum Teil sogar dem Prozess der Veränderung der Eigentumsordnung vorangehend“. (Naphtali.) Denn der Kapitalismus kann, „bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden“. „Es ist möglich geworden, die kapitalistische Despotie einzuschränken und ein gewisses Maß der Freiheit auch in den wirtschaftlichen Beziehungen durchzusetzen. Es muss also so viel wie möglich schon jetzt geändert und durchgesetzt werden. Es widerspricht nicht, es entspricht vielmehr vollkommen den Aufgaben des Kampfes um die Zukunft, wenn man so viel wie möglich von dieser Zukunft zur Wirklichkeit macht.“ (Naphtali.)

6. Das Buch Naphtalis setzt es sich zur Aufgabe, die vielgestaltigen Möglichkeiten darzustellen, wie in der kapitalistischen Gegenwart eine Demokratisierung der Wirtschaft von der Arbeiterschaft durchzusetzen ist und sich bereits tatsächlich durchgesetzt hat. Es gerät allerdings in Gegensatz zu der Marx'schen Auffassung vom Klassenstaat, wenn es zeigt, wie bereits unter den damaligen Ver-

hältnissen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft allerorts im Anwachsen begriffen war, wie also bereits in einem kapitalistischen Staat die „unterdrückte Klasse“ sich auf Kosten der herrschenden zu entfalten vermochte durch das Vordringen nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen in Gestalt genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher oder öffentlicher Betriebe, durch die Beteiligung der Gewerkschaften an wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, wie dem Reichskohlen- und Reichskalirat, durch ihre stärkere Einschaltung in die staatliche Wirtschaftspolitik, durch die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse in der Form eines Ausbaues des Arbeitsrechtes und der sozialpolitischen Selbstverwaltung der Arbeiter, durch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte an der Betriebsführung und schließlich (was vielleicht der wichtigste Punkt ist, weil er die Voraussetzung enthält, dass für alle diese Aufgaben die erforderlichen Menschen zur Verfügung stehen) durch die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

7. Dieser evolutionistisch-reformistische Standpunkt, von dem aus man in der Demokratisierung der Wirtschaft die „Möglichkeit und Notwendigkeit des in dieser geschichtlichen Situation Erreichbaren“ (Jahn) sah, erklärt sich offensichtlich als Reaktion sowohl gegen die fatalistisch-orthodoxe Haltung, welche die Sozialdemokratie in der Vergangenheit gezeigt hatte, als auch gegen die voluntaristische Lösung des Bolschewismus. Aus den Nachkriegsrevolutionen hatte man einerseits gelernt, dass der Sozialismus der Arbeiterschaft nicht von selbst in den Schoß fiel, andererseits befürchtete man vom revolutionären Wege die Vernichtung von Produktivkräften und die Verelendung der Arbeiterschaft. Dagegen erschien auf wirtschaftsdemokratischem Wege eine Hebung des Lebensstandards mit dem „Vormarsch des Sozialismus“ vereinbar, überdies glaubte man nur auf diesem Wege die Heranbildung einer neuen Führungsschicht sicherstellen zu können, ohne die eine Verwirklichung der sozialistischen Ordnung undenkbar ist.

Die gegenwärtige Problemstellung

8. Auch in der gegenwärtigen Diskussion ist das Wort „Wirtschaftsdemokratie“ aufgetaucht. Doch hat inzwischen das Problem, das es umschreibt, wiederum einen Bedeutungswandel erfahren. Zunächst einmal ist heute auch der Rest von Determinismus verschwunden, der in der früheren Debatte noch im wirtschaftsdemokratischen Gedanken enthalten war. Wirtschaftsdemokratie ist heute nicht mehr der zwangsläufige Weg zum Sozialismus, aber sie ist notwendiger Bestandteil des Sozialismus. Es wird heute deutlicher als früher gesehen, dass Gemeineigentum und Planwirtschaft nicht mit einer Demokratisierung der Wirtschaft Hand in Hand zu gehen brauchen. Es wird daher die besondere Aufgabe der Arbeiterschaft sein, dafür Sorge zu tragen, dass die Einführung solcher Institutionen zu einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaft führt. Zwar distanziert sich bereits Naphtali von einer Beeinflussung der Wirtschaft durch den Obrigkeitsstaat, aber erst heute hat die Erfahrung mit den totalitären Systemen die Notwendigkeit einer Auflockerung der Planwirtschaft mit wirtschaftsdemokratischen Mitteln klar vor Augen geführt. Das Problem der Wirtschaftsdemokratie hat daher einen doppelten Aspekt gewonnen: einmal geht es dabei wie früher um den „Abbau des Kapitalismus“ durch Demokratisierung der Wirtschaft, zum ändern handelt es sich um den Einbau demokratischer Organisationsformen in ein planwirtschaftliches System, damit eine Entartung der Gemeinwirtschaft in staatliche Wirtschaftsdespotie verhindert wird.

9. Ganz deutlich wird das erst, wenn man sich das veränderte Bild klar vor Augen führt, das man sich heute auf sozialistischer Seite von einer planwirtschaftlichen Ordnung und der Stellung, die das Gemeineigentum darin einnimmt,

macht. Das Wort Planwirtschaft verleitet nur allzu leicht zu einer Missdeutung dieser Ordnung; denn es ist keineswegs dabei mehr die Rede von einer marktlosen Wirtschaft, in der wie bei Marx die Entscheidung über Produktion und Konsum direkt und zentral gefällt wird. Vielmehr handelt es sich darum, dass die Entscheidung über Einkommensverteilung und Beschäftigungsstatus im Rahmen einer Marktwirtschaft nicht mehr einem anonymen Preisautomatismus wie im Kapitalismus überlassen bleibt, sondern dass man mit *allen* Mitteln der modernen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik dem Problem der wirtschaftlichen Sicherheit und Gerechtigkeit zu Leibe geht. Auf das Mittelsystem einer solchen Wirtschaftspolitik kann hier nicht näher eingegangen werden. Auf jeden Fall unterscheidet es sich so sehr von der früheren Vorstellung einer zentralistischen Planwirtschaft, dass man gut täte, um Missdeutungen zu vermeiden, dafür nicht mehr das Wort Planwirtschaft zu verwenden, sondern von Wirtschaftslenkung oder Lenkungswirtschaft zu sprechen.

10. Marx forderte das Gemeineigentum, weil er die Konzentration zum Groß- und Riesenbetrieb als eine zwangsläufige Entwicklung ansah. Diese Prophezeiung hat sich nicht bewahrheitet. Hinzu kommt die veränderte Einstellung zum Eigentumsproblem auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die auf die Erkenntnis zurückgeht, dass der Missbrauch der mit dem Privateigentum gegebenen wirtschaftlichen Macht bis zu einem gewissen Grade auch durch umfassende wirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahmen verhindert werden kann. Allerdings sind dieser „Neutralisierung“ der privaten Eigentums-macht Grenzen gesetzt, die vor allem bei der Kontrolle des Monopoleigentums sichtbar werden. In unserer Volkswirtschaft, die stark von Monopolen durchsetzt ist, entsteht der staatlichen Monopolpolitik in den geballten Eigentumsinteressen der monopolistischen Produzenten ein kaum zu überwindendes Hindernis, und es scheint mehr als zweifelhaft, dass sich eine staatliche Monopolkontrolle diesen starken Gegenkräften-gegenüber auf die Dauer durchsetzen kann. In einer parlamentarischen Demokratie wie der unseren ist dazu immer noch die Gefahr gegeben, dass die monopolistischen Interessenten über das Parlament selbst Einfluss auf die Monopologesetzgebung und Monopolkontrolle nehmen.

11. Aus alledem wird deutlich, dass das Monopolproblem nur durch Nationalisierung der zur Monopolbildung neigenden Industrien zu lösen ist. Denn nur durch Beseitigung des privaten Eigentumsinteresses besteht Aussicht, das monopolistische Machtstreben so weit zu schwächen, dass eine wirksame Kontrolle möglich wird. Nun sind allerdings mit der Überführung der monopolistischen Industrien in Gemeineigentum die Gefahren des Machtmissbrauchs noch nicht beseitigt; es muss ein Zweites hinzukommen: nämlich die dezentralistische Gestaltung dieses Gemeineigentums. Damit wird das Problem der Wirtschaftsdemokratie akut, und zwar im Sektor dezentralisierten Gemeineigentums nicht weniger als in dem Sektor des bestehenden geblichenen Privateigentums. In beiden Sereichen wird mit der Schaffung wirtschaftsdemokratischer Einrichtungen die Zielsetzung verfolgt werden müssen, jeden Versuch des wirtschaftlichen und politischen Missbrauchs der mit dem Eigentum auch in seiner dezentralistischen Form immer noch gegebenen Macht zu verhindern. Nur so wird es gelingen, Kapitalismus und Kollektivismus gleicherweise zu überwinden und zu einer neuen, gerechteren Ordnung vorzustoßen.
